

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 10

Artikel: Ein langer Abschied : Brief nach Seldwyla
Autor: Winzeler, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143574>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein langer Abschied

Berlin, 7. August 1990

Brief nach Seldwyla

Lieber Freund

Nun heisst es, Abschied nehmen von der DDR, in unheimlichem Tempo, als ob es keine Frage mehr wäre, wer die beiden Weltkriege gewonnen hat und die Bedingungen der «Wiedervereinigung» diktieren kann. Nur wird die Frist von Tag zu Tag länger, in der man die Wende zum Guten verspricht; schon wird mit vier bis zehn Jahren Durststrecke gerechnet. «*Einheit gegen D-Mark*», lautet die Formel, auf der die europäische Friedensordnung erbaut werden soll. Eben las ich in Italien erschrocken den ersten Artikel über das «deutsche Jahrhundert» – als ich in Agape mit Juden und Christen über Gottes Gerechtigkeit im Weltgeschehen meditierte –, und schon zeichnet sich eine moralische Katastrophe ab. Saddam Hussein, der sich gegenüber Israel zum Herrn des Öls aufschwingen will, ist ja nicht der einzige, der sich sagen könnte, dass Adolf Hitler – von einigen «Dummheiten» abgesehen – doch erreicht hat, was er wollte. Auch Juden sehen es mit Staunen: Deutschland erscheint als «gesunde, blühende Gemeinschaft» und ist «dem Ziel der ethnischen <Volksgemeinschaft>, das die Nazis anstrebten, näher, als es je seit der (Juden-)Emanzipation der Fall war»¹. Ist es so? Ich bezweifle es. Aber wer nach Gottes Gerechtigkeit sucht, wird sie jedenfalls da nicht finden.

Von der moralischen zur politischen und sozialen Katastrophe

Die moralische wird zur politischen Katastrophe, wenn Politik die «Kunst des Machbaren» sein sollte. Wieder könnte sich der Verdacht erhärten, dass der Nazismus und

seine Kapital-Verbrechen als «Gentlemen-Delikte» gelten, derweil man Kommunisten und Juden nie vergibt. Ob sie sich zur Wehr setzen oder nicht – sie klagen uns an, sie sind es, die uns ein «schlechtes Gewissen» machen. Tragen nicht sie am Ende die Schuld an den dunklen Flecken der deutschen Geschichte – und wir deren Last? «Auschwitz wird man uns nie verzeihen», antworten Rabbiner. Und wenn der «Kommunismus» kein entlastendes Feindbild mehr bietet, ist jedem Psychoanalytiker klar, wer dem Antikommunismus Ersatz liefern könnte. «Der Jude» ist es, am meisten Jesus von Nazareth, der jene gefährliche Utopie des «Reiches Gottes auf Erden» gegen alle Nationalismen und Staatsheiligtümer verkündete und die Götter der Apartheid und des Privateigentums stürzte. Aber im christianisierten Mythos der freien Welt kann man Jesus Christus zum grossen Kreditgeber erheben und den Marxismus in die Hölle stossen, weil er den Völkern voreilig Gerechtigkeit versprach – und mit dem *D-Markismus* den Verdammten des Erdreiches zurufen: «Heute noch wirst du mit mir im Konsum-Paradiese sein!»

Was wird man tun, wenn Millionen den Einlass ins Paradies begehren? Die *neue Mauer* gegen Osten ist im Bau, die alten Freiheitsprämien sind gestrichen, auch DDR-Bürger, die noch gen Westen entfliehen, erhalten ohne Wohnung keine Arbeit (und ohne Arbeit keine Wohnung), sondern nur 500 DM Sozialhilfesatz der DDR. Aber weil formell alles fein «demokratisch» zugeht und die Mehrzahl genug mit dem Existenzkampf zu tun hat, wird sich eine relative Mehrheit – hofft man – schon finden, die der «Demokratie» den Anschein der Rechtsstaatlichkeit gibt. Oder hast Du in dieser Hochsommerzeit, wo alles auf Rädern ist und ans Mittelmeer flieht, mit Alpträumen zu kämpfen? Halt ein, lautet die Antwort, hab Vertrauen, wir leben nicht in

der Depression und mit den Naziaufmärschen der dreissiger Jahre, sondern in der Amtszeit des besonnenen R. v. Weizsäcker, wo in der alten Reichshauptstadt der rotgrüne Herr Momper regiert – der «Mercedes» grosszügig ein Areal am Potsdamerplatz (wo Hitlers Bunker stand) reserviert. Ewige Bedenkenträger (und wenn sie Lafontaine heissen) können wir jetzt, wo alle anpacken müssen, nicht brauchen! Oder ängstigt Dich als langsamen Schweizer, dass die hohe germanische Geisteskultur (von Luther bis Marx) nie ohne ein kräftiges Stück Unkultur war?

Ach nein, das «Leben» und das «Wachstum» stehen wieder vorne an – gerade im *Kirchenkampf um den Paragraphen 218* gegen die profane «Fristenlösung» der DDR, als ob es jetzt nichts Wichtigeres gebe, als Frauen zu disziplinieren und das «ungeborene Leben» vor ihnen zu schützen. Nur, fürchte ich, ist auch dieses Heiligtum der Evolution «Leben und Tod, Werden und Vergehen» geweiht, wo «der grosse Fisch zum kleinen nicht <Grüss Gott> sagt, sondern ihn auffrisst»². So sehr es uns not tate, die Ehrfurcht vor allem Leben zu erlernen, mir scheint, als ob Gott etwas alt und ratlos auf unser Treiben herabsehen und den Imperativ: «Füllet die Erde...!» überdenken würde.

Gewiss, ich predige nicht die ewige Uraufführung der deutschen Tragödie, keine Nibelungen, sondern die Thora, die das Gesetz der Blutrache und des Menschenopfers unterbindet! Was mir – und nicht nur mir – zu schaffen macht, ist die Ankunft eines *Faschismus neuen Typs*, der Hitler nicht braucht, weil es – ausser einem marginalisierten Rest an Rentnern, Frauen, Bürgerrechtlern, Grünen, Kommunisten, Juden und Ausländern – nur noch «ein Volk» und die «Gemeinsamkeit» aller Parteien zu geben scheint.

Doch läuft das marktökonomische Experiment auf vollem Kollisionskurs zur sozialen Katastrophe auf. Wir greifen uns fast täglich an den Kopf, aber es geht («it works») mit Plan und mit Markt: Da kann man eine ganze «unproduktive» Volkswirtschaft lahmlegen, reiche Ernten unterpflügen oder Hühner, Milchkühe, Rinder, Schweine «notschlachten», damit frisch Verpacktes in die Läden komme. Seit dem

1. Juli – dem grossen Tag der «*Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*» – sind die Regale mit 85 Prozent Westware gefüllt, die Preise verdoppeln sich, derweil auch West-Berliner lernen müssen, bei Billiganbietern Schlange zu stehen. Teils wurden die Läden von den Lieferanten unter Druck gesetzt, keine Konfitüre aus der DDR zu führen, teils überlässt man es der andrängenden Konsumentenschar, die eigenen Arbeitsplätze zu vernichten. Zwar wächst die Empörung, aber ohne Subvention sind die wenigsten Betriebe in der Lage, Rechnungen, Steuern und Löhne zu zahlen. Eine gigantisch sich aufblähende Staatsverschuldung wird Zinsen und (nach den Wahlen) Lohn- und Verbrauchssteuern in die Höhe treiben. Im Westen Berlins schnellen die freien Mieten in die Höhe, und im Ostteil entbrennt der Kampf um jede Bruchbude. So wird ein «heisser Herbst» mit Streiks und Notstandsmassnahmen erwartet. Aber um Rückfälle zu unterbinden, wurde der freie Markt im «Staatsvertrag» festgeschrieben.

Auch das *juristische Debakel* ist nicht fern. Es werden kleine Fische belangt und mehr oder weniger kompromittierte Wissenschaftler und Künstler brotlos gemacht. Grosse Happen (Boden, Medien und Elektrokonzerne) gehen zu Abschlagspreisen über den Tisch. Staatsoberhäupter verarmen, Bürokraten können sich in neue Positionen retten, die PDS (immer noch eine Millionen-Wähler-Partei) wird mit Hilfe der SPD unter die Fünf-Prozent-Klausel gedrückt, enteignet, geächtet oder kriminalisiert (ob die Rechnung aufgeht, steht noch dahin). Es begab sich ein kleines Zwischendrama, weil de Maizière darauf pochte, dass die DDR nicht vor der Wahl eines gesamtdeutschen Parlamentes im «rechtsfreien Raum» aufgelöst werden dürfe – und den Beifall der PDS erhielt. Dann musste er den Canossa-Gang zu Kohls Feriendomizil antreten und ging in den Wogen der Wahltaktik unter. Man müsste jeden Tag Verfassungsklage erheben, aber wo kein Gesetz ist, ist kein Richter. Eher machen Detektive Jagd auf Christa Wolf und ehemalige «mutmassliche Terroristen», die das SED-Regime zum Nutzen (und vermutlich mit bestem Wissen) der BRD aus dem Verkehr gezogen hatte. So braucht man keinen langatmi-

gen «Chandler» zu lesen (The long goodbye), um auf seine Kosten zu kommen. Doch wird es nicht nur dem Ozonloch geschuldet sein, wenn mich mitunter bleierne Müdigkeit überfällt.

Zweierlei Erklärungen

Nun möchte ich kein vorschnelles Verdikt über die notwendigen Reformen sprechen. Nur soviel steht fest: Der Abschied von der DDR wird schmerzhafter und länger, als viele dachten. Auch unter Linken ist zwar das Verlangen gross, «*tabula rasa*» zu machen und sich loszusagen vom Kadaver des gescheiterten Experimentes. Was hat denn da überhaupt «real existiert»? Und wie werden die neuen Schulbücher aussehen? Da zur Zeit niemand ein salomonisches Urteil zu fällen vermag, möchte ich zwei sich gross widersprechende Denkweisen anführen, die man als die (auch von manchen Progressiven teilweise akzeptierte) «christlich-konservative» und die (auch von manchen Christen geteilte) «sozialistische» ansehen kann.

Die erste Sicht ist recht einfach und klar. Die DDR war faktisch die *Fortsetzung des Nationalsozialismus* unter anderem Vorzeichen. Zwar gab es zu Beginn eine antifaschistische Mehrheit und sogar eine «freie Wahl». Aber in den KZs wechselte 1945 nur das Personal, dann in der Volksarmee nur die Fahne, in den Schulen das Feindbild, im Beruf das Parteibuch. Die SPD wurde von der SED aufgesogen, die «Blockparteien» wurden in der «nationalen Front» gleichgeschaltet, die Regierung konnte nur mit der roten Armee die «Arbeiterklasse» daran hindern, sich Demokratie und Freiheitsrechte zu erkämpfen. Auf dem Papier mochte der «Sozialismus» gut gemeint sein, aber praktisch bestand er nur in den Köpfen der Funktionäre – all der Zwangskorporationen, die das kurze Menschenleben von der Wiege bis zur Bahre in «atheistische» Bahnen lenken sollten. Millionen Christen und andersdenkende Bürger fanden nur in der Kirche eine Zuflucht oder bauten sich Datschen und Traumwelten vom goldenen Westen auf. Die Kirche hat darum recht getan, wenn sie dem Regime mit ähnlichen Vorbehalten wie Hitlers «totalem Staat» begegnete (hatte nicht auch

dieser gegen Arbeitslosigkeit, Hunger und Kälte einiges getan?), wobei sie aus rein «humanitären Gründen» zu erreichen suchte, was sie – in Fürsprache für die Opposition – als «Kirche im Sozialismus» zu erwirken vermochte.

Gab es erstaunliche wirtschaftliche Leistungen, soziale Sicherheiten und systematische Förderungen der Arbeiter und Frauen, der Behinderten und Alten, so wurden Christen doch am Arbeitsplatz benachteiligt und gerade Frauen in Beruf und Familie doppelt belastet (oder «ausgebeutet»). Es gab wohl Kindergärten, aber mit doktrinärer Pädagogik – und hohe Scheidungs- und Abtreibungsraten. Wohlorganisierte Betriebsbrigaden konnten nicht ändern, dass der Bevormundungsstaat in die wirtschaftliche und ökologische Verantwortungslosigkeit führte. Funktionäre konnten reisen, aber die anderen, denen es zuviel wurde, hielt der Staat durch Schikanen oder Todeschüsse vom «nicht-sozialistischen Ausland» ab. Gab es Kulturstätten und Erholungsheime, wurde das herrlich unberührte Land doch zusehends von Giftwolken durchweht. Und als auch die Wege ins «sozialistische Ausland» weniger wurden, wandelte sich Honeckers und Mielkes Reich in eine Art lebensgefährliches «Konzentrationslager», wo selbst die Gefangenen als Wärter fungierten und ein ungeahntes Ausmass an Schnüffelei entfalteteten.

Alle Verleugnung der zerschnittenen Blutbande konnte die Friedenssehnsucht und den Einheits- und Freiheitswillen der Deutschen nicht brechen. Als die einsame Führungsclique sich gegen Gorbatschow entschied und nur um ihr Wandlitzer Wohleben bangte, brachte sich das System um seine eigene Existenzrason und stürzte die Diktatur wie von selbst. Die Kirche wusste – «Gott sei Dank!» – ein Blutbad zu verhindern. Unter dem Druck der Massen wurde die Mauer geöffnet, und die Menschen sahen mit eigenen Augen, was man ihnen 40 Jahre vorenthalten hatte. Die *Fakten* brachten es an den Tag: Es war des Volkes Wille, und es bedurfte keiner Bonner Einmischung, dass das System so rasch hinweggefegt wurde – und jeder wäre ein Tor, der ihm nur eine Träne nachweinte. Es mag einiges Soziale sein Recht behalten und seinen Platz in der «sozialen Marktwirtschaft»

finden, aber die Menschen werden Jahre brauchen, um mit dem eigenen Kopf auf eigenen Füßen zu stehen. So sind die Opfer der marktökonomischen Anpassung den horrenden Altlasten der Planwirtschaft geschuldet. Und haben Christen etwas zu befeuern, dann dies, dass sie zu oft geschwiegen und zu wenig geglaubt haben, dass Gott das schwergeprüfte Volk vom Bösen erlösen werde. Wer also wollte den Tatsachen widersprechen – oder sich ärgern, dass die Christen dabei so unglaublich gut wegkommen? Auch diejenigen, die radikal widersprechen, müssen sich fragen, warum diese Ansicht – sich durchsetzen konnte.

Auch die andere, dialektischere Sicht wartet mit harten Tatsachen auf – oder stellt sie in ein anderes Licht. Denn selbst unter Stalin war die DDR nie mit Hitlers Verbrecher-Regime gleichzusetzen, das Millionen Unschuldige wie Vieh zusammenkarrte und planmässig in Vernichtungslagern vergaste. Nachdem Leute wie Bonhoeffer dem «Dritten Reich» recht einsam widerstanden, auch die «Bekennende Kirche» mit Blindheit geschlagen war und der Westen den Kriegseintritt verzögerte, wurde die rote Armee nicht zufällig zur *Befreiungsarmee*. Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Christen waren jetzt überzeugt, dass auf breiter Front ein «Neues Deutschland» auf einer sozialistischen Eigentumsordnung erbaut werden müsse, damit von Deutschland «nie wieder Krieg» ausgehe. Das westliche Kapital hat die Einigung vereitelt und liess den Osten die hohen Reparationen bezahlen. Unter steter Anfeindung und grossen Entbehrungen musste sich die DDR mit eigenen Händen aus dem Nichts erbauen – was ohne den *klaren Mehrheitswillen* der werktätigen Frauen und Männer nie erreicht worden wäre.

Doch tummelten sich Spekulanten und Geheimdienste im Land, die den neurotischen Ausbau der «Staatssicherheit» provozierten. Auch Bischöfe und Pastoren haben den Sozialismus verteufelt, junge Menschen verwirrt, mitarbeitende Christen diskriminiert und einen partizipatorischen Aufbau im Ansatz vereitelt, statt dessen die Aufrüstung und das Feindbild der Nato und den Militärseelsorgevertrag der BRD abgesegnet. Mag sein, wo gehobelt wird, fallen Späne – die wenigsten SED-Funktionäre

hatten eine höhere Schule besucht. Aber der Durchschnittsbürger hatte wenig – zumal keine Kündigung und Arbeitslosigkeit – zu fürchten und von «Christenverfolgung» konnte bei 7 Millionen institutionell bevorzugten Kirchenchristen (mit Grundbesitz, theologischen Lehrstätten und westlicher Bruderhilfe) im Ernst nie die Rede sein. Mutige Christen (wie Emil Fuchs) durchbrachen die Schranken und erwirkten den – auch den Schweizern vertrauten – waffenlosen Wehrdienst (Bausoldaten).

Erst der *Mauerbau* (1961) erbrachte eine innere Normalisierung und aussenpolitische Anerkennung und nötigte auch die Kirche dazu, sich nicht nur als Machtapparat «gegen» oder «neben», sondern als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft «im Sozialismus» zu verstehen und als «mündige Gemeinde» zu bestätigen (wofür Bischof Schönherr auf der Linie Bonhoeffers eintrat). Auch Wissenschaft und Kunst brauchten ihre Anlaufzeit. Doch konnte man in der DDR bald Wertvolleres als im Überangebot des Westens lesen und neu über Müntzer und Luther nachdenken. Mit der Zerschlagung des *Prager Frühlings* verpasste die SED indessen ihre grösste Chance, die demokratischen Potenzen des Sozialismus zu entwickeln, das Wettrüsten zu beenden und den wachsenden Ansprüchen der Jüngeren gerecht zu werden – statt die Mündigkeit der Bürger zu ermutigen, wollte man den Konsumismus «links» überholen.

So hat Erich Honecker zwar den Kurs der Entspannung und Abrüstung betreten und Voraussetzungen der internationalen Solidaritäts-, Friedens- und Basisbewegung geschaffen, die sich in allerlei Nischen recht freizügig entfaltete. Aber je mehr die «nachholende Industrialisierung» in die westliche Verschuldung geriet, desto engstirniger agierten die Politbürokraten. Desinformation und Fehlplanungen, Machtmissbrauch und Opportunismus machten sich breit. Phantasie und Intelligenz, die man gebraucht hätte, wurden übergangen, mundtot gemacht, inhaftiert oder vertrieben, und die Propheten (wie Bloch, Havemann, Biermann, Bahro) galten nichts im eigenen Lande. Je mächtiger die Westmedien intervenierten, desto mehr wurde jede Opposition als «staatsfeindlich» unterdrückt. Je ungenierter man das Regime aber

mit Südafrika verglich, desto weniger waren die konzeptionellen Reformkräfte der SED in der Lage, sich mit der konzeptlosen Opposition zu verbünden, und: «*Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben*».

Als nichts mehr zu retten war, siegte eine «Volks»-Revolution, die so niemand vorausgesehen oder gewollt hatte, und kannte der «Klassenfeind» kein Erbarmen. Die marxistische Orthodoxie brach wie ein Kartenhaus zusammen; partizipatorische Möglichkeiten des «dritten Weges» wurden vom Kapital überrollt, aber Millionen Entrechtete, Abgemühte und Getäuschte erfahren jetzt zum ersten Mal, was es heisst, Beruf oder Familie zu verlieren, Entbehnungen nicht in Solidarität, sondern in Angst und Entwürdigung zu tragen oder sich nicht auf die Strasse zu trauen. Mögen Altkommunisten sich im alten Feindbild bestätigt sehen – was die Kirche an Schuld zu bekennen hätte, ist dies, dass sie lange am falschen Ort widerstanden und nicht kräftiger geliebt, gebetet und «das Gerechte getan» hat, um den Sozialismus für alle annehmbar und lebenswert zu gestalten.

Was gilt?

Man mag diesen Erklärungen noch eine dritte und vierte hinzugesellen – ob aus der Sicht von Frauen oder Fabrikdirektoren oder gerade jener Basisgruppen, die die antifaschistische Prämisse bejahten, aber ihre mangelnde Praxis oder totale Pervertierung beklagten. Wer christlich urteilen wollte, kann sich für keine Seite entscheiden, ohne das Recht der anderen zu bedenken und auch für dieses *Schuld und Verantwortung* zu übernehmen. Die Macht allein schafft kein Recht. Zur Kultur des Meinungsstreites müsste aber gehören, dass auch solche, die mit dem Zusammenbruch ihres Weltbildes und Lebenswerkes genug bestraft sind, eine echte Chance der Integration erhalten. Niemand wird das Alte zurückwünschen – doch werden Christen und Marxisten kein Neues schaffen, solange sie die alten Frontstellungen konservieren und nicht miteinander umgedacht haben. Der würde sich irren, der die Gehversuche der «Kirche im Sozialismus» für eine taktische Episode hielte, die im künftigen Deutschland keinen Platz, keine Notwendigkeit und keine Praxis der

Auferstehung haben werde. Das Grab scheint jetzt leer, aber so ohnmächtig hat schon einmal die Gemeinde des auferstandenen Christus begonnen...

Spricht nun einiges dafür, dass wir den ersten, nicht den letzten Akt der «deutschen demokratischen Revolution» erlebten, sollte doch nie mehr ein «Gemeinwesen» ausgerufen werden, das nur in der Zielsetzung und nicht am Arbeitsplatz, nicht in der Methode und Wegfindung *partizipatorisch* wäre, so dass aller Recht auf Teilhabe gewahrt bliebe. Es sollte auch niemand mehr Furcht haben müssen, dass die Gegenseite die Macht erringen werde – und sie gegen das «Recht der andern» benutzen werde. Es sollte aber auch niemand vom Scheitern des Sozialismus reden, als ob alle Mühe der Menschen umsonst gewesen wäre und als ob mit der hochnotwendigen Abrüstung, Demokratisierung und ökonomisch-ökologischen Modernisierung das «Ende des Sozialismus» gekommen wäre – und nicht der Beginn der Wehen der Neuen Zeit, in der *Schwerter zu Pflugscharen* umgeschmiedet werden müssten. Ich kann auch die Sowjetunion nicht «abschreiben», die in noch grösserer Not stets ihre Seelenstärke bewies – mehr als die Deutschen (1945 und 1989/90) verdienten.

Wo also bleibt am Ende die Gerechtigkeit Gottes, wenn nicht da, wo Menschen sie leben und tun? Der offenbare Gott ist in der Geschichte – aber die Geschichte ist nicht Gott. Was geschah und was jetzt geschieht, ist auch kein Schicksal, dessen Schuld und Verantwortung man an andere delegieren könnte: Man hat es gewusst, oder man hat es gewollt. Jeder hat das Recht, aus seinen Fehlern zu lernen. So hoffe ich, dass – wie einst das kleine Juda das Samarien Ahabs überdauerte – auch das Volk der DDR seine Identität behalten, den stärkeren Bruder «Mores» (neue Sitten und Bräuche) lehren, nicht das Böse mit Bösem vergelten, aber auf dem Weg der sozialen Gerechtigkeit bleiben und – Tritt fassen wird!

So leb wohl, du altgewordener Sozialismus – auf Wiedersehen!

1 R.L. Rubinstein, Der Tod Gottes, in: Wolken säule und Feuerschein, Jüdische Theologie des Holocaust, München 1982, S.120.

2 Karl Barth, Ethik I (Gesamtausgabe II), 1928, S. 237.